

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Otte, Düsseldorf 100, Tannenstraße 37.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65, Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Unsere Arbeit — ein Dienst zum Besten des Volkes!

Arbeit, die nicht andern frommet,
Das ist Arbeit ohne Segen.
Willst du dir und dir nur dienen,
Nirgends magst du Dank erwerben,
Schmachten wirst du, und an Ekel
Vor dir selber mußt du sterben.

(Fr. W. Weber.)

Preissteigerung und Lohnerhöhung für die deutsche Textilarbeiterschaft.

Kurzer Bericht über die Verhandlungen des Sozialausschusses der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie vom 11. und 12. August 1921.

Auf Antrag des christlichen und Deutschen Textilarbeiterverbandes auf Beratung der sich aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung für die Lohnempfänger ergebenden Folgen, fanden am 11. August Vorberatungen einer 12 gliedrigen Kommission, bestehend aus je 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern, statt.

Nachdem von Arbeitnehmerseite der Antrag begründet worden, wollten die Arbeitgeber eine schon eingetretene Teuerung nicht anerkennen. Nach deren Ansicht sei das einzig Greifbare, die in den nächsten Tagen eintretende Brotpreissteigerung. Alles andere seien lediglich Möglichkeiten, die vielleicht kommen könnten. Hinweis: Artikel im „Vorwärts“, wonach die Brotpreissteigerung nur 10 M. pro Woche für eine fünfköpfige Familie ausmache. Weiter vertraten die Arbeitgeber die Ansicht, daß unter keinen Umständen eine Abänderung der laufenden Tarifverträge möglich sei, weil das gegen den Grundgedanken des Tarifgedankens und gegen die weitere Auswirkung desselben sei. Von Arbeitnehmerseite wurde daraufhin der Nachweis erbracht, daß eine bedeutende Mehrausgabe schon jetzt durch die Steigerung der Kartoffel-, Butter-, Schmalz-, Speck-, Öl-, Mehl- und aller sonstigen Lebensmittel- wie vieler Bedarfsartikelpreise notwendig sei, abgesehen von der bevorstehenden Erhöhung der Brotpreise. Auch wurde der Einwand, daß durch Lohnzuschläge auf laufende Tarife der Tarifgedanke gefährdet werde, richtig gestellt. Nach dieser ersten Aussprache beider Parteien traten dieselben in Sonderberatung der vorzuliegenden Entscheidung ein.

Die Arbeitnehmer unterbreiteten den Arbeitgebern folgende Entscheidung:

„Der Sozialausschuß erkennt an, daß die gegenwärtige Zeit ganz erhebliche Mehraufwendungen im Punkte Lebenshaltungskosten an die Arbeiterschaft stellt.

Nach eingehender Aussprache und Würdigung aller einschlägigen Momente empfiehlt der Sozialausschuß den Bezirksgruppen, in neuen Verhandlungen die heute bestehende und etwa bevorstehende Preissteigerung in Form von Lohnzuschlägen auszugleichen.“

Die Arbeitgeber lehnten die Zustimmung zu dieser Erklärung ab und unterbreiteten folgende Gegenentscheidung:

„Der Sozialausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit der gegenwärtigen und zukünftigen Lage der textilindustriellen Arbeitnehmer beschäftigt.

Der Sozialausschuß kann nicht anerkennen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse eine solche Veränderung der Lage gebracht haben, daß eine Abänderung laufender Tarifverträge notwendig geworden ist. Außerdem würde durch eine derartige Maßnahme der Grundgedanke der Vertragstreue gefährdet werden, die die Grundlage der ganzen tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsbedingungen bildet.

Dagegen erwartet der Sozialausschuß, daß die Arbeitgeber der Erhöhung der Brotpreise und der etwa sonst noch eintretenden Verteuerung der Lebensbedingungen bei Neuabschluß von Tarifverträgen in angemessenem Umfang Rechnung trägt.

Von der Arbeitnehmerschaft wird erwartet, daß sie auch ihrerseits im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu einem Ausgleich der erhöhten Gestehungskosten durch Steigerung der Produktion beiträgt.

(Wiedereinführung der 48 stündigen Arbeitswoche, restlose Durchführung des Mehrstußsystems in dem vor dem Kriege gewährten Umfange.)“

Als die Arbeitnehmer in der schärfsten Weise gegen diese Entscheidung gesprochen, erklärten sich die Arbeitgeber zu folgender Abänderung bereit:

„Der Sozialausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung eingehend mit der gegenwärtigen und zukünftigen Lage der textilindustriellen Arbeitnehmer beschäftigt.

In Anbetracht dessen erwartet der Sozialausschuß, daß die Arbeitgeber der Erhöhung der Brotpreise und der etwa sonst noch eintretenden und eingetretenen Verteuerung der Lebensbedingungen bei Neuabschluß von Tarifverträgen in angemessenem Umfang Rechnung trägt.

Von der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft wird erwartet, daß sie auch ihrerseits im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu einem Ausgleich der erhöhten Gestehungskosten durch Steigerung der Produktion beitragen. Dieser Abänderung stimmten die Arbeitgeber jedoch nur zu, wenn die folgenden Erklärungen protokollarisch niedergelegt würden:

Aus der Fassung des Abs. 2 ist nicht zu schließen, daß auch auf laufende Tarifverträge Zuschläge gezahlt werden sollen.

Unter Erhöhung der Produktion verstehen die Arbeitgeber die restlose Wiederaufnahme des Mehrstußsystems wie vor dem Kriege.“

Die Arbeitnehmer lehnten es ab, bei Aufrechterhaltung der von den Arbeitgebern verlangten Erklärung, dem Beschlusse zuzustimmen.

Da eine Einigung über die Entscheidung nicht zu erzielen war, wurden die Vorberatungen abgebrochen und beschlossen, das Ergebnis am nächsten Tage dem Sozialausschuß vorzulegen.

Am 12. August trat die Vollversammlung des Sozialausschusses um 9 1/2 Uhr zusammen. Nachdem Herr Dr. Klauke Bericht über die Verhandlungen des ersten Tages erstattet hatte, wurde nochmals auf beiden Seiten der aus dem Vorstehenden entspringende Standpunkt dargelegt.

Nach längerer Aussprache zogen sich die Parteien zur Beratung zurück. Nach Wiedereröffnung der Sitzung legten die Arbeitgeber nachfolgende Entscheidung vor:

„Der Sozialausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Tatsache beschäftigt, daß in sehr zahlreichen Tarifgemeinschaften der deutschen Textilindustrie die Tarifverträge gekündigt und von der Arbeitnehmerschaft Forderungen auf erhebliche Lohnerhöhungen mit der Begründung gestellt worden sind, daß eine Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei und nach der Lage der Dinge eine noch weitergehende Steigerung für die nächste Zeit befürchtet werden müsse.

Wie es auf der einen Seite begreiflich ist, daß die Arbeitnehmerschaft dann, wenn derartige Änderungen Platz greifen, eine entsprechende Erhöhung der Tarifsätze anstrebt, muß auf der anderen Seite erwartet werden, daß das Unternehmertum solche Ansprüche, wenn sie begründet sind, in verständnisvolle Erwägung zieht.

Der Sozialausschuß hält es für angebracht, erneut darauf hinzuweisen, daß diese Handhabung im Interesse des Arbeitsfriedens notwendig ist, muß aber im übrigen an dem Grundsatz festhalten, daß die Ansätze der Löhne selbst Sache der Tarifgemeinschaften ist. Dem Sozialausschuß ist eine Einwirkung hierauf nicht möglich.“

Dazu erklärten die Arbeitnehmer: „Wir sind einverstanden mit der Erklärung, wenn die Arbeitgeberorganisationen entsprechend der Aussprache keine Einwendung gegen Lohnverhandlungen auf laufende Tarifverträge machen.“

Die Arbeitgeber erklärten: „Die Arbeitgebermitglieder des Sozialausschusses lehnen es ab, für das Verhalten der Arbeitgeberverbände in den Bezirken in dieser Frage bindende Erklärungen abzugeben.“

Die Arbeitnehmer erklärten: „Die Antwort bringt keine Klärung unserer Frage, und wenn sie keine präzise Antwort geben, lehnen wir die Zustimmung ab.“

Darauf ging der Sozialausschuß ohne weitere Beschlüsse auseinander.

Wenn der Sozialausschuß auch nicht zu einem einmütigen Beschlusse zu dem von unserem Verbands gestellten wichtigen Antrage, dem sich auch der Deutsche Textilarbeiterverband angeschlossen hat, gekommen ist, so läßt

sich der letzte Vorschlag der Arbeitgeber bei den Verhandlungen in den Bezirksgemeinschaften, Tarifgemeinschaften und Einzelverhandlungen in Betrieben sehr gut verwerten, weil in diesem Vorschlag die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Unternehmer begründete Ansprüche in verständnisvolle Erwägung ziehen. Darüber, wie nun die Angelegenheit, die ganz naturgemäß das allergrößte Interesse in unsern Textilarbeiterkreisen erregt, sich weiter entwickeln wird, werden wir fortlaufend berichten.

Betriebsräteversammlung unseres Verbandes.

Die Notwendigkeit der Einrichtung von Betriebsräten ist von unserm Verbands schon lange vor dem Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes anerkannt worden. Wir haben uns nicht nur schon vor mehr als zwei Jahren mit der Idee an sich abgefunden, sondern das in dieser Idee für die Volkswirtschaft wie insbesondere für die Arbeitnehmerschaft liegende Gute herauszuschälen und wirksam zu machen versucht. Vor allem ist dieses auch schon dadurch zum Ausdruck gekommen, daß gleich nach dem Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes in allen Verbandsbezirken mit der Schulung der Betriebsräte unverzüglich begonnen wurde. War die Form der Schulung unserer Betriebsräte bisheran mehr ein Notbehelf, so wird aber doch nach und nach auch mehr System in die Unterrichtskurse für unsere Betriebsräte hineinkommen. Die Grundlagen hierfür mit zu schaffen, vor allem aber mehr Aufklärung über die bedeutungsvollen Aufgaben der Betriebsräte zu verbreiten, und des ferneren, um die Forderungen, die wir hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung und einer Reform des Betriebsrätegesetzes zu stellen haben, der Öffentlichkeit zu unterbreiten, endlich aber, um eine zweckmäßige Organisation der Arbeiter- und Betriebsratsmitglieder unseres Verbandes, in enger Verbindung mit demselben, ins Leben zu rufen, das alles waren die Gründe, die unsere Verbandsleitung zur Abhaltung einer besonderen Betriebsräteversammlung im Anschluß an die Verbandsgeneralversammlung veranlaßt hatten. Es war die erste Betriebsräteversammlung, die unser Verband in dieser Form abhielt. Sie war von fast 200 christlich organisierten Arbeiter- und Betriebsratsmitgliedern aus allen Teilen Deutschlands besucht und nahm einen in jeder Hinsicht eindrucksvollen und durchaus würdigen Verlauf. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir betonen, daß diese Konferenz ihren beabsichtigten Zweck schon in naher Zeit auch voll und ganz erreichen dürfte. Die Konferenz war für unsere Arbeiter- und Betriebsräte in des Wortes wahrstem Sinne ein praktischer Kursus, wie wir ihn uns nicht musterergültiger denken können. Das dort Gehörte muß für die Kurse in den Verbandsbezirken grundlegend und vorbildlich sein. Die in der Konferenz sowohl von den Referenten wie von den Diskussionsrednern gemachten Ausführungen brachten zahlreiche dankenswertere Anregungen, deren Verwirklichung für die Arbeiterschaft, besonders jener in der Textilindustrie, von den größten wirtschaftlichen und ideellen Erfolgen begleitet und von dauerndem Nutzen sein wird.

Die Konferenz wählte in das Büro außer den beiden Verbandsvorsitzenden noch folgende Betriebsratsmitglieder: Kuschbaum - Bombach, Franzen - Nachen, Rathilde Meiners - Brehell, Weidemann - Bocholt, Kraft - Speffart in Waden. Die Konferenzverhandlungen wurden geschickt geleitet vom Kollegen Kuschbaum.

Zu Beginn der Verhandlungen wurde davon Mitteilung gemacht, daß der als Berichterstatter für den zweiten Verhandlungsgegenstand über die Bewertung der Gewinnergebnisse und Bilanzheröffnungen in der deutschen Textilindustrie nach dem Kriege vorgelegene Referent, Herr Dr. Fahn Berlin, leider plötzlich erkrankt sei und darum einen schriftlichen Bericht der Verbandsleitung zuzufinden werde. Für die Veröffentlichung des Berichtes wurde Sorge getragen werden.

Als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßte der Konferenzvorsitzende Herrn Dr. Brünning Berlin. Dieser entbot im Namen des preussischen Ministerpräsidenten, Kollegen Stegerwald, der am Ergehen verhindert war und sich darum entschuldigen ließ, der Tagung Grüße und hob in recht wirkungsvoller Weise die Bedeutung der Verantwortung und der Aufgabengebiete der Betriebsräte hervor. Nur Schulter an Schulter mit den Arbeitnehmervertretern aus dem Angestelltenstande könnten diese bedeutungsvollen Aufgaben besonders in der noch bevorstehenden ersten Zeitperiode einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden.

Der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Fahrbrach, berichtete in ausführlicher Weise über die Aufgaben der Betriebsräte. Er unterscheidet zwischen Aufgaben der Betriebsräte a) zur Hebung der Textilwirtschaft, b) bei Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie. Nach Hervorhebung der Bedeutung des Betriebsrätegebändens bezeichnete der Redner als besondere Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen: 1. Verbesserung an Maschinen, 2. Verbesserung der Arbeitsmethoden, 3. Verbesserung der Betriebs- und Verwaltungorganisation, 4. Material- und Kraftersparnis, 5. die Arbeiterauslese nach wirtschaftlichen Rücksichten, 6. Lehrlingsausbildung, 7. Kontrolle der Betriebsvorgänge, Leistungs-, Erfolgs- und Bilanzprüfung, Vertretung im Aufsichtsrat. Bei Erörterung dieses Punktes geht Redner des näheren auf die Bewertung der Gewinnergebnisse und Bilanzveröffentlichungen in der Textilindustrie ein und kritisiert die besonders in Aktienunternehmungen noch beliebte Verschleierung und Veruntreuung der Gewinne. Gegen eine Erhöhung der Kapitalien dürften sich aber auch andererseits die Betriebsräte nicht sträuben. Sollen die vorhin bezeichneten Aufgaben gelöst werden, dann ist im Betriebsrat die Schaffung eines besonderen Wirtschaftsausschusses unter Heranziehung der Angestellten unbedingt notwendig.

Die sozialen Fragen, besonders die Lohnfragen, sind bisher von den Betriebsräten in erster Linie bearbeitet worden. So wichtig wie die Aufgaben eines Wirtschaftsausschusses im Betriebsrat, sind jene des Lohnausschusses. Im einzelnen ergeben sich für diesen folgende Aufgaben: 1. Ueberwachung und Durchführung der Tarifverträge und Schlichtsprache, 2. Mitwirkung bei Festsetzung der Tariflohnfrage, 3. Lohnregelung in Betrieben ohne Tarifverträge im Benehmen mit den Gewerkschaften, 4. Regelung der Löhnmessmethoden. Im Lohnausschuss dürfen nur mit den Löhnmessmethoden in der gesamten Industrie vertraute Vertreter entsandt werden.

Weniger energig wahrgenommen wurden bisher von den Betriebsräten die sozialen Interessen der Arbeitnehmer und Angestellten. Das sollte die Aufgabe eines besonderen Sozialausschusses im Betriebsrat sein. Zu den besonderen Aufgaben dieses Ausschusses gehören: 1. Schutz der Konstitutionsfreiheit, 2. Mitwirkung bei Festsetzung der Arbeitsordnung (Dienstvorschriften), 3. Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen, 4. Arbeiterauslese und Beschäftigung nach sozialen Rücksichten, 5. Regelung von Arbeitszeit und Urlaub, 6. Unfallverhütung, Feststellung und Anmeldung, 7. Betriebs-hygiene, 8. Mitverwaltung von Pensionskassen, Betriebswohnungen und Wohlfahrtsvereinigungen. Allen drei Ausschüssen obliegt die Prüfung der Wünsche, die aus der Arbeitnehmerenschaft kommen. Die Vertretung dieser obliegt aber nur dem gemeinsamen Betriebsrat. Die Mittel zur Schulung der Betriebsräte sind vom Unternehmer bereit zu stellen. Die Verbindung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft muß eine möglichst innige sein. Vom Redner wurden die in der unten abgedruckten Entschließung enthaltenen Forderungen erhoben. Die Betriebsräte sind die Träger der deutschen Wirtschaft. Eine schwere Verantwortung lastet auf den Betriebsräten. Gehen wir uns daher, nur reine Wirtschafts-menschen zu werden. Wir müssen auch die Ideale unserer Bewegung in die Massen hineintragen. Dann braucht uns nicht zu bangen um den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft, des deutschen Volkes und des Vaterlandes. (Sehr lebhafter Beifall.)

Ein recht ergiebige Aussprache, woran sich vornehmlich nur im praktischen Arbeitsverhältnis stehende Vertreter der Betriebsräte beteiligten, folgte dem ersten Bericht. Manche Erfahrungen, die bei Verhandlungen mit Arbeitgebern gemacht worden, wurden bekannt gegeben. Reformen für das Betriebsrätegesetz gefordert, besonders die Ausdehnung der Amtstätigkeit der Betriebsräte auf einen Zeitraum von zwei Jahren, Maßnahmen erörtert, die eine bessere fachliche und berufliche Ausbildung der Lehrlinge erfordern und weitere hinsichtlich der Verbesserung hygienischer Einrichtungen in den Betrieben und der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Schulung der Arbeiter- und Betriebsratsmitglieder.

Zu seinem markanten Schlusswort betonte der Referent u. a., daß eine Produktivitätssteigerung nicht nur allein im Interesse der Unternehmer liege. Redner kommt nochmals auf die große Verantwortung zu sprechen, die die Betriebsräte zu tragen haben.

Herr Letterhaus-Barmen um der Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands referierte über Aufbau und Durchführung der Betriebsräteorganisation des Verbandes und die Mitarbeit der Betriebsräte bei der Durchführung der Beschlüsse der Verbands-Generalversammlung. Der Redner erläuterte klar und in anschaulicher Weise die Betriebsräte-Organisation des Verbandes. Nicht zwei selbständige Organisationen, ein Ausschuss, ein Ausschuss der Betriebsräteorganisation mit dem Verbandsrat, so stellt sich die Betriebsräte-Zusammenschließung des Verbandes dar. Die Organisation baut sich auf, auf den örtlichen und bezirklichen Betriebsräten. In der Spitze steht der Reichstextilarbeiterrat. Daneben werden auch Bedarfe besondere Beachtung gebildet.

Aufgaben dieser Textilarbeiter- und Brancheräte sind: 1. Die Schaffung aller wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten, welche insbesondere die Interessen der Textilindustrie betreffen, der betreffenden Branche und der darin beschäftigten Arbeiter betreffen. 2. Die soziale sowie berufswirtschaftliche Schulung der Betriebsratsmitglieder, um dieselben zu befähigen, die ihnen durch das Betriebsrätegesetz übertragenen Aufgaben im Interesse der gesamten Textilarbeiterchaft unter steter Förderung des wirtschaftlichen Gedeihens des ein-

zelnen Betriebes und der gesamten Textilindustrie in bester Weise zu erfüllen.

3. Die Pflege der Berufs-, Lohn- und Preisstatistik, Schaffung der Unterlagen für die Aufstellung von Tarifentwürfen, Beratung der Verbandsfunktionäre und Mitwirkung bei den Tarifverhandlungen, Ueberwachung der Durchführung der Tarifverträge.

4. Die Stärkung des Verbandes und Förderung engsten Einvernehmens zwischen Betriebsräten und Verbandsorganen.

In seinen Schlüsselaussagen hebt der Referent nachdrücklich und temperamentvoll hervor, daß die Betriebsratsmitglieder in der Durchführung ihrer Aufgaben nicht nur etwas Materielles und Wirtschaftliches, sondern auch das Ideale erblicken und mit Feuereifer verwirklichen helfen müßten.

Hierauf erfolgte die Vornahme der Wahlen zum Ausschuss des Reichstextilarbeiterrates. Gewählt wurden einstimmig als Mitglieder: Mast-Krefeld, Schüren-Rhehd, Kuschbaum-Blombacherbach, Strauch-Buchholt, Weber-Hannover, Negerle-Forst (Lausitz), Pfeiler-Augsburg, Eschbach-Südlingen; als Ersatzpersonen: Schreiners-Neersen, Voemen-M. Gladbach, Schwick-Engelskirchen, Góvert-Schöne, Will-Fulda, Albin Lehmann-Greiz, Knoblach-Weingarten (Württemberg) und Keller-Sörrach in Baden.

Die Konferenz stimmte sodann folgendem Antrage einstimmig zu:

Die Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands für das ganze Reichsgebiet in Münster am 17. August 1921 beschließt folgenden Antrag an den Deutschen Reichstag zu senden und in Abgleich dem Reichsarbeitsministerium zu übergeben:

An den Deutschen Reichstag, Berlin.
Der Reichstag wolle dem § 86, 1 BGG folgende Fassung geben:

Bei der Anrufung müssen die Gründe des Einspruchs dargelegt und die Beweise ihrer Berechtigung vorgebracht werden. Der Gruppenrat hat zu versuchen, durch Verhandlungen eine Verständigung mit dem Arbeitgeber herbeizuführen. Gelingt diese Verständigung binnen einer Woche nicht, so kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer binnen weiterer fünf Tage den Schlichtungsausschuss anrufen, auch wenn der Gruppenrat den Einspruch für unbegründet hält.

Ebenfalls einstimmig gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

Gegen die Sanktionen und das „Loch im Westen“.

Die Behinderung des besetzten Gebietes und das Wirtschaftsleben leiden schwer unter der Aufrechterhaltung der Sanktionen seitens der Ententemächte. Unbeschadet der einen Wirkung dieser Maßnahmen, welche letzten Endes mit dazu beitragen werden, die Arbeiterchaft, welche in der Aufrechterhaltung der Sanktionen einen starken Verstoß gegen das Recht empfindet, fester mit dem Reich zu verbinden, protestiert die Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands schärfstens gegen die Schädigung, welche die deutsche Wirtschaft durch die Aufrechterhaltung der Sanktionen erfährt. Die in Verbindung mit den Sanktionen getroffenen Maßnahmen in Bezug auf die Einfuhr und Ausfuhr und den Warenverkehr mit dem besetzten Gebiet haben das „Loch im Westen“ wieder aufgerissen. Insbesondere wird auch die Textilindustrie durch die Einfuhr vieler Waren stark geschädigt. Nicht nur das Wirtschaftsleben Deutschlands wird stark geschädigt, sondern in besonderer auch die Arbeiterchaft in den betroffenen Industrien. Deutschland hat die im Londoner Ultimatum enthaltenen Forderungen zu erfüllen, welches ungeheure Anstrengungen erfordert. Die Schädigung der deutschen Wirtschaft durch die Sanktionen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Maßnahmen machen es Deutschland aber unmöglich, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Zu dem Unrecht, welches die Aufrechterhaltung der Sanktionen an sich darstellt, kommt also die Tatsache, daß die Sanktionen uns die Möglichkeit der Erfüllung in Frage stellen. Die Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands fordert vom Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit, wie auch vom Standpunkt der Möglichkeit zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sofortige Aufhebung der Sanktionen.

In einem kernigen Schlusswort bezeichnete Verbandsvorsitzender Otto die Konferenz als eine Tagung der Praxis für die Praxis. Ungeheuer wichtig sei die Tätigkeit der Betriebsräte. Verantwortungsgefühl auf der einen Seite hätten die Betriebsräte zu tragen und auf der anderen Seite vielfach die Unabbarkeit der Berufs-kollegen mit in den Kauf zu nehmen. Trotz dieses Ungemachs würden aber unsere Betriebsvertreter nicht verzagen, besonders jene nicht, die die Idee unserer Bewegung richtig aufgenommen hätten. Arbeiten wir uns Eigenhaft und Eiferhaft. Kein wir arbeiten für die Berufskollegen, für den gesamten Stand und damit zum Besten der gesamten Volkswirtschaft.

Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder im Monat Juli.

Mit dem Sinken der Arbeitslosenziffern scheint auch ein Abwachen des Interesses für die Arbeitslosenbeschäftigung sich wieder einzubürgern. Die dies-malige Verbandsstatistik war eine schmerzliche gegenüber dem Vormonat. Es berichteten nur 383 Ortsgruppen. Baden und Württemberg hatten bei der Berichterstattung im Monat Juni eine schlechte Note erhalten. Die Sach-

lage hat sich aber im jetzigen Berichtsmonat völlig geändert. Es stehen die beiden Bezirke glänzend gerechtfertigt mit an erster Stelle. Einer Kritik bedürfen diesmal die Bezirke Hannover und Sachsen, die führend in der Nichtberichterstattung sind. Erstgenannter Bezirk hat mehr nichtberichtende als berichtende Ortsgruppen. Die anderen nichtgenannten Bezirke haben es aber auch an dem notwendigen Fleiß fehlen lassen und ergibt sich hieraus für alle eine Abwärtsbewegung in der Beteiligung.

Die Vollarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Im Vormonat meldeten wir bereits eine Besserung der Arbeitsmöglichkeit unserer Verbandsmitglieder. Die einmal begonnene Besserung hält auch jetzt noch an. Man kann ohne Ueberhebung von einer Hochkonjunktur sprechen, wie sie in den Jahren 1920 und 1921 noch nicht dagewesen ist. Fast aus allen Gebieten Deutschlands wird ein guter Geschäftsgang gemeldet, auch aus dem besetzten Gebiete. Zur näheren Erläuterung, inwieweit die Mitglieder unseres Verbandes in den Jahren 1920 und 1921 von Arbeitslosigkeit betroffen wurden, lassen wir eine Tabelle folgen.

| | 1920 | | | 1921 | | |
|-----------|--------|--------|------|--------|--------|------|
| | männl. | weibl. | anf. | männl. | weibl. | anf. |
| Januar | 1,9 | 1,9 | 1,9 | 2,2 | 1,9 | 2,0 |
| Februar | 1,2 | 2,3 | 1,9 | 2,3 | 3,3 | 2,9 |
| März | 4,6 | 4,2 | 4,4 | 3,8 | 4,0 | 3,9 |
| April | 1,5 | 1,8 | 1,7 | 3,9 | 4,9 | 4,5 |
| Mai | 3,2 | 2,7 | 2,9 | 2,6 | 4,5 | 3,9 |
| Juni | 4,5 | 7,1 | 6,0 | 0,8 | 2,3 | 1,6 |
| Juli | 8,1 | 11,2 | 10,0 | 0,5 | 1,3 | 1,0 |
| August | 5,2 | 8,0 | 6,9 | | | |
| September | 3,8 | 5,2 | 4,6 | | | |
| Oktober | 4,8 | 7,2 | 6,3 | | | |
| November | 0,8 | 2,4 | 1,7 | | | |
| Dezember | 2,0 | 2,1 | 2,0 | | | |

Die Tabelle gibt an, wieviel Arbeitslose auf 100 vom Bericht erfasste Mitglieder entfallen. Ein Vergleich der einzelnen Monate miteinander ergibt, daß ungefähr der Monat November 1920 sich mit dem Monat Juni dieses Jahres deckt. Der niedrigste Stand von Arbeitslosigkeit in diesem Jahre ist aber der Monat Juli, entgegengesetzt dem Monat Juni vorigen Jahres, wo die Krise in der Textilindustrie ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Eine vergleichende Uebersicht über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken ist trotz guter Beschäftigung immerhin interessant.

| Verbandsbezirk | Vollarbeitslose | | | Kurzarbeiter | | |
|----------------|-----------------|--------|------|--------------|--------|------|
| | männl. | weibl. | anf. | männl. | weibl. | anf. |
| Krefeld | 3 | 12 | 15 | 36 | 71 | 107 |
| Aachen | 17 | 49 | 66 | 136 | 248 | 384 |
| Barmen | 111 | 228 | 339 | 71 | 233 | 304 |
| Münster | 6 | 4 | 10 | 94 | 190 | 284 |
| Hannover | 1 | 3 | 4 | 43 | 73 | 116 |
| Sachsen | 8 | 41 | 49 | 34 | 115 | 149 |
| Bayern | 8 | 39 | 47 | 28 | 56 | 84 |
| Sachsen | 18 | 52 | 70 | 67 | 154 | 221 |
| Württemberg | 4 | 19 | 23 | 91 | 443 | 534 |
| Baden | 60 | 134 | 194 | 874 | 762 | 1136 |
| Insgesamt | 236 | 581 | 817 | 974 | 2345 | 3319 |

Vollarbeitslose und Kurzarbeiter sind auf eine Tabelle gebracht. Am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen ist noch immer der Bezirk Barmen mit 111 männlichen und 228 weiblichen Arbeitslosen. An zweiter Stelle steht Baden mit 60 männlichen und 134 weiblichen Arbeitslosen. Die übrigen Bezirke haben nur geringe Arbeitslosigkeit und erreichen nicht den Reichsdurchschnitt. Im ganzen Verbandsgebiet waren 236 männliche und 581 weibliche, zusammen also 817 Verbandsmitglieder total arbeitslos. Dazu kommt ein Nachtrag der zu spät eingegangenen Nachweisungen von 19 männlichen und 59 weiblichen, sodaß insgesamt am Stichtage in der letzten Arbeitswoche des Monats 225 männliche und 640 weibliche, zusammen 995 arbeitslos waren. Die Arbeitslosigkeit ist demnach bei beiden Gruppen um die Hälfte zurückgegangen.

Die Zahl der Halbeschäftigten war im Vierteljahrsmonat Juni nur in geringem Maße zurückgegangen. Im Monat Juli ist die Zahl der Kurzarbeitenden rapide gestiegen. Bei den männlichen und weiblichen ist ein über die Hälfte steigender Rückgang zu beobachten. Wie die Tabelle zeigt, hat der Bezirk Baden die stärkste Gruppe von Kurzarbeitern. Es folgt Aachen mit 384 Kurzarbeitenden Mitgliedern und Württemberg mit 534 Halbeschäftigten. Barmen an vierter Stelle folgend, erreicht nicht den Reichsdurchschnitt. Die übrigen Bezirke haben nur kleinere Zahlen aufzuweisen. Im ganzen Verband arbeiteten verfertigt in 124 Betrieben 974 männliche und 2345 weibliche Mitglieder.

Die Besserung des Beschäftigungsgrades, welche in den obigen Darlegungen festgestellt wurde, darf jedoch keine Veranlassung dazu sein, nun die Berichterstattung zu vernachlässigen. Nach wie vor muß die Nachweisung pünktlich ausgefüllt und eingesandt werden, auch dann, wenn keine Arbeitslose am Orte sind.

Der XIV. Genossenschaftstag des Reichverbandes deutscher Konsumvereine, e. V.

Am 24. und 25. Juli fand in Köln am Rhein in der Bürgergesellschaft der 14. Genossenschaftstag des Reichverbandes deutscher Konsumvereine, e. V., Sitz Düsseldorf-Neißholz, statt. Aus Nord- und Süd-, aus Ost- und Westdeutschland waren über 500 Genossenschaftsführer dem Rufe zur Verbandsversammlung gefolgt. Herr Verbandsgeschäftsführer Müller hielt einen Vortrag über die Konsumgenossenschaftsbewegung in

Jahre 1920 unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des Reichsverbandes. Der Berichterstatter legte dar, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung im Jahre 1920 gewaltige Fortschritte gemacht habe, daß ihr aber, ebenso wie dem privaten Handel, auch Rückschläge nicht erspart geblieben seien.

Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages referierte Kollege Dr. Th. Brauer, Köln, über „Die kapitalistische Konsumgenossenschaft in Deutschland und die Stellung der Verbraucher zu derselben“. Das wissenschaftlich und rednerisch auf höchster Stufe stehende Referat führte zu folgender Entschliessung:

„In keiner Periode der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung ist das Zusammenfließen von Industrie- und sonstigen Gewerbegruppen zu Kartellen und Trusts so stark in die Erscheinung getreten wie in der Zeit des Krieges und nach dem Kriege. Dieser Zusammenschluß ist zum Teil infolge der Zwangswirtschaft des Krieges durch das Reich eingeleitet worden und findet jetzt auf der Grundlage der Freiwilligkeit seine Fortsetzung und seinen weiteren Ausbau zu riesigen Ausmaßen.“

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, als Vertreter weiter Verbraucherschichten des deutschen Volkes, erblickt in dieser Zusammenfassung eine entwicklungs-mäßig bedingte Erscheinung. Er hält es jedoch für eine unumgängliche Notwendigkeit, daß als Hauptaufgabe der so zustandekommenden Vereinigungen die Förderung der Produktivität der Wirtschaft sowie die Verbesserung und Verbilligung des Produktes erstrebt werde.

Umso schärfere Mißbilligung erfordert die Tatsache, daß die meisten Verbände als eine ihrer Hauptaufgaben die Preisbestimmung und damit die Ausschließung jeder, auch der gesunden Konkurrenz, betrachten. Außerdem gehen manche Verbände dazu über, ihnen unangenehme Organisationen, besonders die Zentralen der Verbraucherorganisationen, von den Bezügen ihres Produktes auszuschließen. Dieses monopolistische Bestreben, das nicht selten auf eine Hemmung des technischen Fortschrittes hinausläuft, stellt eine schwere Schädigung der Verbraucher, besonders der persönlichen Verbraucher, und damit der Gesamtwirtschaft dar.

In Erkenntnis der großen Gefahr dieser Begleiterscheinungen der Entwürdigung der Kartelle und Trusts fordert der 14. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine:

1. Die Reichsregierung möge umgehend den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf vorlegen betr. die monistischen und gewerblichen Vereinigungen, soweit diese die Regelung der Lieferung und Preisbestimmung von Waren als Zweck haben. Der Gesetzentwurf müßte enthalten:
 - a) die Anmeldepflicht solcher Vereinigungen zu einem Register,
 - b) eine angemessene Beteiligung der Verbraucherorganisationen in den Verwaltungen,
 - c) das Einspruchsrecht der Reichsregierung gegen die Beschlüsse.
2. Der Genossenschaftstag stellt zugleich fest, daß gesetzliche Regelung allein nicht vermag, die Verbraucher vor den Auswüchsen der vorbezeichneten wirtschaftlichen Entwicklung zu schützen. Der erfolgreiche Schutz ist die Selbsthilfe, und zwar
 - a) der Zusammenschluß der Verbraucher zu Genossenschaften, besonders zu Konsumgenossenschaften,
 - b) der Zusammenschluß der Konsumgenossenschaften zu Verbänden und Großeinkaufszentralen,
 - c) der Zusammenfassung des Konsums in Einzel- und Zentralgenossenschaften die Inangriffnahme der Produktion für den organisierten Bedarf, insbesondere der unter der Monopolherrschaft des privaten Kapitals stehenden allgemeinen Bedarfsgüter.

Der Genossenschaftstag fordert deshalb die Verbraucher Deutschlands auf, sich reiflos den bestehenden neutralen Konsumgenossenschaften anzuschließen und, wo solche nicht bestehen, neue zu gründen.

Die Konsumgenossenschaften fordert er auf, soweit sie einem Verbands noch nicht angehören, sich dem Reichsverbande deutscher Konsumvereine e. V., Düsseldorf-Reicholz, und seiner Großeinkaufszentrale anzuschließen. So nur schaffen sie die sozial eingestellte Wirtschaftsmacht, die geeignet und in der Lage ist, alle Schädigungen der Verbraucherinteressen abzuwenden.“

Ueber „Genossenschaftsideal und Kaufmannsgeist“ sprach am zweiten Verhandlungstage Herr Geschäftsführer Fritz Klein.

Danach berichtete der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung Herr Dipl. merc. Schloßberger über die Bildungsarbeit des Verbandes.

Herr Geschäftsführer Reich erstattete den Bericht über die vor zwei Jahren gegründete Unterstützungsstelle für die Angestellten der dem Reichsverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Der Mitgliederbestand der Kasse betrage zur Zeit 1034. Das Vermögen sei auf 355000 M. angewachsen. Bis zur Beendigung der Wartzeit, welche 1925 bevorstehe, würde die Kasse, bei gleicher Lohnhöhe wie bisher, eine Million an Vermögen erwerben können. Dieser Bestand sichere alle an die Kasse zu stellenden Ansprüche, wenn auch gleichzeitig eine stärkere Anteilnahme durch Erwerbung von Mitgliedschaften seitens der Vereine und Angestellten erfolge.

Der besonderen Wichtigkeit halber seien noch zwei Entschliessungen erwähnt, die einstimmig angenommen wurden. Die eine enthielt einen scharfen Protest gegen die Sanktionen, die andere gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer bei Abgabe an den letzten Verbraucher. Der 14. Genossenschaftstag tritt für Einführung einer Produktionssteuer ein.

Als Ort des nächsten Genossenschaftstages wurde Würzburg bestimmt. Nach einem begeisterten Schlußwort des Herrn Geschäftsführers Wissels fand die glänzend verlaufene Tagung ihr Ende.

Erfahrungen der Gewerbeaufsicht.

Nach den Jahresberichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1920 kann der Achtfundentag bezw. die 48-stündige Arbeitswoche mit freiem Samstagmorgen oder gänzlich freiem Samstag auch in der bayerischen Industrie als reiflos durchgeführt gelten; letzterer habe die unerfreuliche Folge, daß die Arbeiter den Handverlettern vielfach Konkurrenz machten. Für die ländlichen Handwerksbetriebe sind weitgehende Ausnahmen gestattet. Ueber die Wirkungen des Achtfundentages namentlich auf die Produktion, so bemerkt Landesgewerbeamt Priem „kann noch kein abschließendes Urteil abgegeben werden, da die Verhältnisse der Industrie noch zu unklar waren. Obwohl Arbeitsfreude und Arbeitsstärke zurückzuführen, wird eine Hemmung der Produktion durch den Achtfundentag wohl nur vermieden werden können, wenn es gelingt, die Betriebsführung durch Verbesserung der Arbeitsmittel, durch Spezialisierung und Normalisierung der Fabrikation umzugestalten. Die Behauptung, der Achtfundentag richte das Gewerbe zugrunde, geht entschieden zu weit, nicht minder aber auch die Forderung nach buchstäblicher auf die in den verschiedenen Gewerbebezügen bestehenden Verhältnisse keine Rücksicht nehmende Durchführung desselben. Aus dem Bericht sind noch folgende Feststellungen von besonderem Interesse: Die Wiedereinführung der Akkordarbeit dauert an. Die Betriebsräte haben der Gewerbeaufsicht manch wertvolle Beihilfe geleistet. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter hat gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche Zunahme erfahren. Die durchgehende Arbeitszeit hat mehrfach zu einer für die körperliche Entwicklung der jugendlichen Arbeiter ungünstigen Einschränkung der Pausen geführt. Die wirtschaftliche Lage eines großen Teiles namentlich der Verheirateten hat sich trotz gestiegener Löhne bei der anhaltenden Teuerung nicht gebessert. Die Angleichung der Lohnsätze für die jungen und unversehrten Arbeiter an die der erwachsenen, für die ungelerten an die der gelernten Leute wird vielfach beklagt. Die Unterbringung Schwerkrankenbeschädigter ist nicht bloß bei Unternehmern, sondern auch bei Arbeitern und Angestellten auf Widerstand gestoßen.“

Im Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamts für das Jahr 1920 wird über die Durchführung des Achtfundentages im allgemeinen günstig berichtet. Als eine unerwünschte Begleiterscheinung des Achtfundentages wird auch hier die nebenberufliche Tätigkeit vieler Arbeiter nach Feierabend zum Schaden ihres eigenen als auch anderer Gewerbebezüge, die mitunter noch unter Arbeitslosigkeit zu leiden hätten, bezeichnet. Zum ersten Male wird über die Auswirkung des Betriebsrätegesetzes berichtet und zwar im ganzen günstig, wenn auch die Kinderkrankheiten des neuen Gesetzes noch nicht völlig überwunden seien. Die Tarifverträge gewinnen immer mehr an Boden, es ist die Tendenz zu erkennen, von den vielen zersplitterten Orts-, Firmen- und Bezirkstarifen zu den größeren Wirtschaftsgebieten umfassenden einheitlichen Landes- und Reichstarifen überzugehen. Die Zahl der Arbeiterinnen nimmt zugunsten der Unterbringung der vielen männlichen Arbeitslosen stetig ab. Beklagt wird von vielen Betrieben über den mangelnden Arbeitsseifer der jüngeren Arbeiter, die durch die Zeitverhältnisse verwirrt oft ein übertriebenes Maß von Freiheit für sich in Anspruch nehmen.

Allgemeine Rundschau.

Deutscher Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ e. V. Sitz Bamberg.

Durch die zielbewusste Werbetätigkeit sämtlicher Mitarbeiter konnte im ersten Halbjahr 1921 eine Zunahme von über 8 000 Mitgliedern erzielt werden, und zählt nunmehr der Verband über 27 000 Mitglieder. Ein großer Teil unserer frisch aufgenommenen Mitglieder stammt aus verschiedenen Verbänden der christlichen Gewerkschaften, welche in dankbarer Weise der Concordia die weitgehendste Unterstützung angebeihen ließen. Die gemeinsamen idealen Ziele und Bestrebungen bedingen eben auch eine gegenseitige Unterstützung. Aber trotz diesem schönen Erfolg darf nicht gerastet werden. Vormwärts sei auch weiterhin die Lösung. Daher ergeht auch an alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die als Radfahrer noch nicht sich angeschlossen haben, der Ruf, dem christlich-nationalen Radfahrerverband Concordia beizutreten. Durch die am 1. Juli d. J. eingeführten erhöhten Unterstützungen sind alle Mitglieder bei etwaigen Unfällen vorteilhaft geschützt. Außerdem genießen dieselben Rechtsauskunft und Rechtsschutz, sowie die Einrichtung der Sterbekasse. Die allmonatlich erscheinende Verbandszeitung wird kostenlos ausgehändigt. Neben der Interessenerrettung für die Verbandsvereine und der Mitglieder ist durch Einrichtung von Verbandskassen und Hilfsstationen, Abgabe von Begekarten und Tourenblätter für unsere Verbandsvereine bestens gesorgt. Auf alle Vergünstigungen und Einrichtungen kann hier des Raumes halber nicht eingegangen werden. Wir verweisen deshalb auf unsere Flugblätter und Prospekte. Dieselben sind zu beziehen und wird auch jede Auskunft erteilt durch die Verbandsleitung: Bamberg, Hauptwachstraße 14 sowie durch die einzelnen Gewerkschaftssekretariate.

Wo verkehren wir in Berlin?

Der Bund der Hotel-, Restaurant- und Cafe-Angestellten (im Gewerkschaftsbund der Gasthausangestellten) hat in Berlin, Wilhelmstraße 111/11 ein äußerst behagliches, bürgerlich geleitetes Clubhaus eröffnet. Die langjährige Ausland- und Inlands Erfahrung des Inhabers, Herrn Otto Caspel (Mitglied des Bundes), bürgt allen für solide, gediegene Bewirtung. Ein sehr netter Saal ist besonders geeignet für Festlichkeiten und Versammlungen. Alle Junggeheilen in Berlin, alle Durchreisenden finden dort Freundschaft, stets Gesinnungsfreunde zu treffen und einen guten Imbiß einzunehmen. Wir bitten daher, an dieser Stelle, den Bund und seinen Bundesrat durch eigene, häufige

Inanspruchnahme des Lokals nach besten Kräften zu unterstützen, damit das erste gastronomische Unternehmen in unserer Siedlungsorganisationen in der Reichshauptstadt trotz des ausgesprochenen Boykotts der „Freien“ gedeiht.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Womit im Deutschen Textilarbeiterverband die Betriebsratsmitglieder beschäftigt werden.

Der Deutsche Textilarbeiterverband, Zentrale Berlin, hat folgendes Rundschreiben an die Betriebsratsvorsitzenden gesandt:

„An unsere Betriebsratsvorsitzenden.“

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Unser überfandener Vorschlag eines Votums zur Sammlung von Unterschriften als Protest gegen die neue Schulgesetzvorlage. Durch diese Vorlage soll die Schule wieder unter Regiment der Kirche gestellt werden. Dies muß unbedingt verhindert werden, und es ist Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, welche das 20. Jahr erreicht hat, durch Unterschrift in dem beigelegten Votum den Willen zum Ausdruck zu bringen, daß sie im Interesse der Arbeiterchaft und ihrer Kinder verlangen, daß den berechtigten Wünschen auf Reform des Schulwesens in fortschrittlicher und freierlicher Beziehung Rechnung getragen wird. Sorgt also in Euren Betrieben dafür, daß sich auf diese Bitte alle Kollegen und Kolleginnen, welche das 20. Jahr erreicht haben, mit Namen, Wohnung und Beruf einzeichnen.

Wo es nicht anders geht, müssen die Pausen dazu benutzt werden. Kollegen, wir machen besonders darauf aufmerksam, diese Liste sauber und rein zu halten, und die Unterschreibenden darauf aufmerksam zu machen, weil dieselbe am den Reichstag als Protest eingeleitet werden soll, und weil diese ganze Aktion von seiten der hiesigen Lehrerschaft durchgeführt wird.

Weiter bitten wir auch, diese Liste bis spätestens am 1. Juli in unser Büro ausgefüllt abzuliefern.

Mit bestem Gruß!

gez.: Ernst Kasper.

Die Betriebsräte des Deutschen Verbandes hätten u. E. noch Wichtigeres zu tun.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage der deutschen Textilindustrie.

Überall in der Industrie, im Großhandel und Einzelhandel herrscht eine ungewöhnliche Lebhaftigkeit. Ein Hauptgrund hierfür liegt in der veränderten Preiskonjunktur der Rohstoffe. Die Webereien von wollenen, baumwollenen, seidenen und leinenen Stoffen haben so erhebliche Bestellungen, daß sie ihre Produktion vielfach bis Ende des Jahres verkaufen haben. In der Damenkonfektion wurden Millionenumsätze erzielt. Man erwartet von der bevorstehenden Modewoche eine Hochkonjunktur. (Textilwoche vom 5. August.)

Im Gegensatz zu der außerordentlich ungünstigen Lage der Textilindustrie der benachbarten Staaten sind einzelne Branchen der deutschen Textilindustrie bereits für die Winterjahre mit Aufträgen versehen. Viele Betriebe konnten die volle Arbeitszeit wieder aufnehmen. Dagegen liegt in Polen und im Elsaß die Industrie durch den Streit vollständig darnieder, in Italien gehen nur sehr geringe Aufträge aus dem Inlande ein; Nordfrankreich arbeitet in seinen größeren Industriezentren nur mit einem Drittel seiner Leistungsfähigkeit. (Wollarchiv vom 8. August.)

Die Beschäftigung der deutschen Baumwollspinnereien beträgt 77,8%, die der Webereien 60%. Es sind reichlich Aufträge für die nächsten Monate, sogar für den Winter, vorhanden. (Industrie- und Handelszeitung vom 4. August.)

Die Geschäftslage der deutschen Baumwollindustrie ist besser, als die der englischen. Am Markt wurden Aufträge bis Anfang nächsten Jahres gebucht. Belgische Garne werden viel von deutschen Webereien gekauft, da sie billiger sind als die deutschen. Schirtingfabriken und solche von bedrucktem Kattun sind bis November gut beschäftigt. Sowohl Garne wie Textilwaren werden gut abgesetzt, jedoch die Lager nur klein sind. Die Nähgarnfabrikanten klagen über scharfe englische Konkurrenz. (Manchester Guardian vom 8. August.)

Aus unserer Bewegung.

Streik in den Jeller Textilbetrieben.

In den Textilbetrieben von Zell i. W. (Baden) kam es am 10. und 11. August zu größeren Demonstrationen innerhalb der Betriebe, die sich in einer plötzlichen Arbeitsniederlegung kund taten. Durch die bekannten Vorgänge in der badischen Lohnbewegung und die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber, respektive des eigens zur Regelung der badischen Lohnstreitigkeiten eingesetzten Schiedsgerichts in Karlsruhe, hatte sich innerhalb der Arbeiterchaft ohne Unterschied eine tiefe Erregung breit gemacht. Als nun auch noch der Schiedspruch vom 17. und 18. Juli bekannt wurde und eine von beiden Verbänden einberufene Landeskongress in Offenburg unter bestimmten Vorbehalten (siehe Nr. 32 der Textilarbeiterzeitung) diesen Schiedspruch annahm, so steigerte sich die Erregung bald bis zur Siedehöhe, obwohl gewisse Leute meinten, davon nichts bemerkt zu haben. Zum Ausbruch der hochgradigen Erregung kam es aber erst, als nun die Auszahlung der im Schiedspruch festgesetzten Sätze kam, die nur einem verschwindend kleinen Teil eine Zulage von 10-40 Pfg. pro Stunde, allen Akkordarbeiterinnen aber sowie allen unter 20 Jahre alten Arbeit-

fern und Arbeiterinnen nichts brachte. Es war vorauszu-
sehen, daß die nichtberücksichtigten Arbeiter und besonders
die Arbeiterinnen, diesmal ihrem Unwillen Luft machen
würden, denn einmal hört auch die Geduld auf und gerade
die Arbeiterinnen haben es fast, fast immer und immer
wieder mit einer Kleinigkeit oder wie es diesmal wieder
geschehen ist, mit nichts abspitzen zu lassen. Dazu kam
noch die inzwischen weiter fortschreitende Teuerung sämt-
licher Lebensmittel und Bedarfsartikel und nun kam das
für Zeller Verhältnisse "Anerkente". Es legte zunächst
die etwa 260 Arbeiter und Arbeiterinnen betragende Beleg-
schaft der Spinnerei Feßman & Hecker am Mittwoch,
den 10. August, mittags die Arbeit nieder, resp. wurde die-
selbe bei Beginn nicht aufgenommen. Die im Schiedsgericht
Berücksichtigten erklärten sich mit den Uebrigen solidarisch
und forderten nun eine allgemeine Teuerungszulage, wie
sie auch bereits von den Organisationen an den Arbeitgeber-
verband in einer Eingabe gefordert worden war. In den
nun folgenden Verhandlungen, die von den Kollegen
Sütterle-Zell von unserem und Kiesel-Vörrach vom freien
Verband unter Mitwirkung des Arbeiterrats geführt wur-
den, erklärte sich die Firma bereit, einen Vorzuschuß in Höhe
von 20-60 Mk. pro Woche nach Altersklassen gestuft,
auszuschütten. Dieser Vorzuschuß ist auf die kommende Teue-
rungszulage, welche ab 1. August gewährt werden soll,
aufzuzählen, und zwar erst dann, wenn die ganze Lohn-
frage in der Arbeitsgemeinschaft geregelt ist. Die Arbeit
wurde am andern Morgen wieder aufgenommen, nachdem
sich die abgehaltene Versammlung mit dieser Regelung ein-
verstanden erklärt hatte. Das Vorgehen der Arbeiterschaft
dieser Firma war das Signal auch für die Arbeiter der
übrigen Betriebe und so legten denn auch am 11. August
die Arbeiter, etwa 250 an der Zahl, der Seidenweberei
Zimmerlin, Forkart & Co., um 8 Uhr morgens die
Arbeit nieder. Die Verhandlungen führten auch hier bald
zum Ziel und wurde dasselbe erreicht wie bei obiger Firma,
woran, nachdem die Arbeiterschaft kurz dazu Stellung
genommen hatte, die Arbeit kurz nach ein Uhr wieder
aufgenommen.

Raum waren diese Differenzen erledigt, kam auch schon
die Nachricht, daß auch die Arbeiterschaft der Mech. We-
berei Zell — über 500 Leute — die Arbeit nicht auf-
genommen habe. Die Verhandlungen bei dieser Firma
zogen sich in die Länge, es erfolgte am selben Tage keine
Einigung, da die Betriebsleitung erklärte, daß sie auch
ihren Vertreter zu den Verhandlungen beizugehen wolle,
dieselbe jedoch am gleichen Tage nicht mehr erreichen
war. Die Firma verlangte des ferneren, man solle zuerst
die Arbeit wieder aufnehmen, es werde dann schon zu
Zugeständnissen kommen. Obwohl sich die beiden Betriebs-
leiter rechtlich nicht geben, die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme
zu bewegen, lehnte die Arbeiterschaft geschlossen ein solches
Ansuchen ab. Am folgenden Tage wurde morgens das
übliche Signal gegeben, aber niemand meldete sich zur
Arbeit. Infolge dieser Tatsache, scheint sich die Betriebs-
leitung doch die Sache nochmals überlegt zu haben und
es folgten denn auch die Verhandlungen unter Beisein
des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Grimm aus Vörrach. Es
wurden Zugeständnisse gemacht und zwar erhalten auch hier
die Arbeiter einen Vorzuschuß auf die kommende Teuerung-
zulage in folgender Höhe: 200 Mk. für Verheiratete, 150
für Ledige über 18 Jahre und 100 Mk. für alle unter
18 Jahren. Diese Beträge kommen ebenfalls erst nach
Regelung der Lohnfrage in Betrachtung; Bedingung, so-
fortige Aufnahme der Arbeit. In einer darauf
abgehaltenen Betriebsversammlung wurde diejenige Be-
dingung zugestimmt und die Arbeit am Mittag,
den 12. August, wieder aufgenommen. Die gleichen Zug-
eständnisse wie in der Zeller Weberei wurden auch in
den am selben Tage in Oberbach geführten Verhandlungen
bei der dortigen Spinnerei ohne Arbeitsniederlegung erzielt.

Nun liegt es an der badischen Arbeiterschaft, dafür zu
sorgen, daß auf schnellstem Wege die Verhandlungen inner-
halb der Arbeitsgemeinschaft stattfinden und die erzielte
Ergebnisse demgemäß auch bewertet werde. Für alle
Beteiligten aber möge der Grundtag nie vergessen bleiben,
daß nur Einigkeit zum Ziele führen kann.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Arbeiterinnenbewegung in Schlesien.

Nicht glänzen in des Weibes Los,
Durch süßes Bienen sei sie groß!

Als eine erfreuliche Tatsache ist zu berichten, daß auch
in unserem lieben Schlesien die Frauenwelt aufsteht,
recht lebendig zu werden. Sie erkennen die Not der
Zeit, kommen aus ihrer Reserve hervor, um an der
Seite ihrer Kollegen sich auf den Kampfplatz des Lebens
zu stellen, um für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung
einzutreten und mitzuarbeiten an den hohen Aufgaben,
welche sich dieselbe gestellt hat.

In allen Ortsgruppen sind Arbeiterinnen-
kommissionen gebildet, deren Mitglieder eifrig bemüht
sind, ihren ihnen zugewiesenen Aufgaben in jeder Weise
gerecht zu werden. Ein Schulungskursus für sämtliche
Ortsgruppen hat bereits eingeleitet, um die Kolleginnen
auf allen Gebieten zu unterrichten. Die Frau, dem
Manne nun gleichberechtigt an die Seite gestellt, muß
sich nun des nötigen Wissens aneignen, welches sie braucht,
um ihren Platz, den sie an der Arbeitstätte wie auch im
öffentlichen Leben einnimmt, ausfüllen zu können. Als
hilfsbereite Kameradin soll sie dem Kollegen mit Rat und
Tat zur Seite stehen, und der im öffentlichen Leben
kräftige und bewährte Mann soll die Frau schützen und
fördern in ihrem Streben.

„Wir sind füreinander arbeiten“ muß schon
unser Parole sein. An der Betriebsratstufen, welche
in mehreren Orten abgehalten werden, ist auch die Be-
teiligung der Kolleginnen eine ziemlich rege.

In Herbst ist in Sandeshut ein Glied- und Zu-
schneiderkursus (Damen- und Herren) vorgesehen. Zwei
unserer Kolleginnen haben es übernommen, denselben zu
geben. In Reusdorf D.-S. wird mit hauswirtschaft-
lichen Kursen begonnen werden. Auch die liebe Jugend
ist nicht vergessen. Jetzt ist sie allerdings nicht aus Haus
zu ziehen, sondern werden Wanderungen in unsere Berge
unternommen. Sobald die Tage wieder länger werden,

sind Unterhaltungsabende, welche auch einen bildenden
Charakter tragen sollen, allsonntäglich vorgesehen.

Sehr zu bedauern ist, daß unter den ungeliebten Ver-
hältnissen, welche in Oberschlesien herrschen, die Kolleginnen
in diesen Ortsgruppen in dieser Beziehung sich auch im
Nachteil befinden.

Oberschlesien ist es, worauf in letzter Zeit sich aller
Blicke in banger Sorge richten. Wie wird die endgültige
Entscheidung ausfallen? — Viel schrecklicher noch, als in
den Zeitungen geschildert wird, ist die Lage in Oberschlesien,
grauenhaft sind die Berichte, welche Flüchtlinge geben, mit
denen man zusammenkommt.

Lange Zeit konnten wir in die Ortsgruppen im ab-
gegrenzten Gebiet nicht hinein, doch haben wir auch dort
tüchtige Kollegen, welche unsere christliche Gewerkschafts-
bewegung hochhalten.

Sehr erschwert wird die Gewerkschaftsarbeit in
Schlesien durch den argen Terror, dem unsere Mit-
glieder von seiten der gegnerischen Organisation aus-
gesetzt sind. Doch wie dem Vogel im Fluge seine Schwingen
wachsen, so wächst unseren Mitgliedern im Kampf der
Mut. Wir können mit Stolz von unseren Mitgliedern
sagen, daß sie lebendige, im Sturm erprobte christliche
Gewerkschaftler sind.

Zwei Geistesrichtungen stehen sich heute schärfer denn
je gegenüber, jede sucht die Welt für sich zu gewinnen.
Hier Glaube, da Unglaube! Welche von beiden hat die
Macht, unser armes zerkettetes Vaterland wieder in ge-
ordnete Verhältnisse zu bringen?

Hier ist auch ganz besonders der Frau eine hohe
Aufgabe zugewiesen. Die Erziehung der Jugend
nach christlichen Grundsätzen. Eine tüchtig hoch-
stehende Frau vermag ihrem Volke viel zu sein. In
ihrer Hand liegt es, ihre Kinder zu sittlich starken und
gesunden Erdenbürgern heranzubilden.

Der Frau ihre Aufgabe ist es, für ein echt christliches
Familienleben zu sorgen, denn ein gesundes Volksleben
baut sich erst auf ein gesundes Familienleben auf.

Darum, Kolleginnen, erkennt die Not der Zeit und
stellt euch darauf ein! Ihr müßt euch eurer hohen Ver-
antwortung bewußt werden, welche auch ihr durch die
Rechte, die euch nun zuerkannt sind, traget. Um eure
Pflichten als Gewerkschaftlerin, Staatsbürgerin, Frau und
Mutter erfüllen und auch von euren Kindern den richtigen
Gebrauch machen zu können, ist die christliche Gewerkschafts-
bewegung bemüht, euch Führerin zu sein. Aufklärung zu
bieten und wird euch stets schützend zur Seite zu stehen.
In folgenden Dichtervorten ist auch die hohe Aufgabe
der Frau aus dem Volke zum Ausdruck gebracht.

Frau aus dem Volke, vom Herrgott betreut,
Zu hüten die Heiligtümer der Zeit.
In deinem Herzen, in deiner Hand
Liegt das Glück von Familie und Vaterland.
Liegt deiner Söhne, deiner Töchter Los.
Frau aus dem Volke, dein Amt ist groß!

W. H.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Rheidt. Christliches Gewerkschaftsfest. —
Das Lied von der Glocke. „Grundstein zwar ist
der Gehalt — doch der Schlusstein ist Gestalt!“ Mit diesen
Worten Friedrich Rückerts soll der Bericht über das am
Sonntag, den 31. Juli, hier selbst groß angelegte und groß-
artig verlaufene Fest der hiesigen christlichen Gewerkschaften
eingeleitet werden. Grundstein und Schlusstein gaben dem
Fest Gehalt und Gestalt. Es muß als ein glücklicher Ge-
danke der Festleitung bezeichnet werden, daß sie auf ihrem
Gewerkschaftsfest „Das Lied von der Glocke“ von Friedrich
Schiller nach der Vertonung von Albrecht Brede zur Auf-
führung bringen ließ. Würde doch hierdurch der Beweis
erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften bei ihrem Kampf
um Menschenrecht und materielle Güter nicht den Sinn
verloren haben und auch nicht verlieren wollen für Ihn
und kulturelle Güter. Schillers Glocke war ein würdiger
Rahmen — Grundstein und Schlusstein — Gehalt und
Gestalt für ein würdiges Fest. Der gemischte Chor des
Arbeitervereins St. Joseph unter der genialen Leitung des
Organisten Herrn Reipen hatte die Ausführung des Werkes
übernommen und darf mit Stolz und Genugtuung auf
seine Leistungen zurückblicken. Trotz der Glühitze war
der Chor selbst am Schluß des umfangreichen Werkes
noch frisch und touren und brachte die Schlussteigerung
mit hinreißender Begeisterung hervor. Nicht endemwollender
Beifall darf wohl als ein Maßstab für die Aufnahme
und auch für das Verständnis für den schwierigen Chor
seitens der Zuhörer angelegt werden. Die beiden Soli-
stinnen, Frä. Bender und Frä. Binkels, sangen ihre großen
Partien mit Hingebung und lebhafter Frische und trugen
nicht wenig zum Gelingen des Ganzen bei. Mit Wucht
und überzeugendem Verständnis trug Herr Herbeck jr. die
Deklamationen vor und die Schumacher'sche Kapelle verließ
dem Ganzen einen feinen intimen Rahmen. — Soweit
Schillers Glocke. Das eigentliche Fest wurde eingeleitet
mit einem großen Festzuge durch die Straßen der Stadt.
Die Beteiligung muß als eine sehr große bezeichnet wer-
den, wie sie hier noch nicht gesehen wurde. Drei Musik-
kapellen ließen ihre Weisen ertönen. Nach Einzug in
den schon dekorierten Kaiserparksaal spielte die Schumacher-
sche Kapelle, welche sich dem schneidigen Dirigat des Herrn
Reipen unterordnete, den Eröffnungsmarsch, worauf der Vor-
sitzende des hiesigen Ortsrats, Kollege Müsges in her-
lichen Worten alle Erscheinenden und Mitwirkenden be-
grüßte. Die Hymnen rühmten des ewigen Chors,
gesungen vom gemischten Chor des Arbeitervereins St.
Joseph mit Musikbegleitung war der Anakt des Fol-
genden. Verständnisvoll und mit voller Vortragskraft
sprach Kollege Heck den Festprolog, worauf der Verbands-
vorsitzende, Kollege Otto-Düffelhoff, die Festrede hielt. In
großartiger Form schloß er die Aufgaben der christ-
lichen Gewerkschaften. Unsere Zeit ist krank, sehr krank,
so sagte er unter anderem, sie kreuzt an dem Machtgedan-
ken des Einzelnen wie der Gefahrheit. Ein Stand will
den anderen seine Mäntel anzwängen. Die Revolution
hat dem Arbeiterstand die Gleichberechtigung gebracht. Ich
sage, die äußerliche Gleichberechtigung die innerliche Gleich-

berechtigung zu erzwingen, muß die Aufgabe der christ-
lichen Gewerkschaften sein. Wir haben heute viele Rechte,
aber seien wir uns daran auch der doppelten Pflichten
bewußt. Krasser Egoismus beherrscht heute die Welt,
auch unser armes Vaterland. Suchen wir nach echt christ-
lichen Grundsätzen die Gegensätze zu überbrücken und aus-
zugleichen. Suchen wir namentlich die Jugend aus dem
ihre drohenden sittlichen Verfall emporzuheben. Nicht
Klassenkampf soll unsere Parole sein, keine Ueberspannung
des Machtgedankens, sondern nach den Grundsätzen des
Christentums wollen wir unsere Rechte aufbauen und unsere
Ziele zu erreichen suchen. Die Sozialdemokratie versagt;
ihre nur auf Materialismus aufgebauten Grundsätze mußten
versagen und haben versagt, als sie zur Macht kamen.
In den christlichen Gewerkschaften steckt noch ein Etwas,
lebt noch eine starke sittliche Kraft. Schwere Zeiten stehen
uns in den nächsten Wochen noch bevor. Seien wir ge-
rüstet auf das Kommende. Zeigen wir, christliche Gewerks-
chaftler, daß Deutschlands ärmster Sohn auch Deutschlands
bestester Sohn ist. Sorgen wir, daß der christliche Gewerks-
chaftsgedanke immer tiefere Wurzel schlage, namentlich
unter der Jugend. Und unter diesem Gesichtspunkte rufe
ich: Die christlichen Gewerkschaften hoch! hoch! hoch! Stür-
mischer Beifall lohnte den Redner. Das machtwillig gemein-
schaftlich gesungene Bundeslied schloß sich den Worten wür-
dig an. Der gemischte Chor des evangelischen Arbeiterver-
eins unter der Leitung des Herrn Lehrers Hofer trug
hierauf einige Lieder vor. Ist der Chor auch noch klein,
so birgt er doch ein schönes Material, woraus sein Leiter
etwas vollendetes zu machen mußte. Die Lieder fanden
allgemeinen Beifall und mußte eine Zugabe gegeben werden.
Noch eine hervorragende Deklamation des Kollegen Heck,
gemeinames Lied, Gesangsvortrag des letztgenannten Chores
und Musikvortrag bildeten den Schluß des einzig schön ver-
laufenen Festes. Der große Chor der Teilnehmer hatte
bis zum Schluß des Festes standgehalten, ein Beweis, daß
die Leitung es verstanden hatte, etwas Ganzes zu arrangieren.

Literarisches.

„Bauproduktgenossenschaften, eine Stütze auf
dem Wege zur christlichen Gemeinwirtschaft“ von
Joseph Schulze, Verlag Reichsverband deutscher Bau-
produktgenossenschaften, Berlin-Nichtenberg, Am Stadt-
park 2/3, Preis 1.— M. (nur für Mitglieder des Deut-
schen Gewerkschaftsbundes). — Ein kleines Heftchen, das
weitere Kreise über die Bestrebungen und Ziele der heute
vielen genannten Bauproduktgenossenschaften aufklären will.
Es wird hier vor allem der innere Zusammenhang ge-
zeigt, in dem dieses neue genossenschaftliche Gebiet mit
unserem Endziele, der christlichen Gemeinwirtschaft, steht.
Wir haben den Entwicklungen und Strömungen in unserm
Vaterland, die von der Theorie endlich zur praktischen
Arbeit im gemeinwirtschaftlichen Leben vordringen wollen,
ernsthafteste Beachtung zu schenken, und deshalb gehört
auch dieses Heftchen, das einen interessanten Einblick in
diese Bestrebungen gewährt, in die Hand jedes denkenden
und vorwärtstrebenden christlichen Gewerkschaftlers.

Besondere Bekanntmachungen.

Bis zum 3. September muß die graue Nachweisung
für die Arbeitslosenberichterstattung des Monats August
eingefandt werden. Es genügt die Einsendung der
neuen grauen Karte.

Die Zentralstelle.

Verbandsbezirk Barmen.

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Verbands-
bezirk Barmen findet am 17. und 18. September in
Barmen im Lokal „Ratskeller“, Eingang Lindenstraße,
statt. Beginn Samstag, den 17. September, nachmittags
punkt 3 Uhr. Näheres wird den Ortsgruppen durch
Mündschröben bekanntgegeben.

Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 26 des
Verbandsstatuts, die erforderlichen Wahlen vorzunehmen.
Anträge an die Bezirkskonferenz sind bis spätestens
12. September bei der Bezirksleitung einzureichen.

Mit Verbandsgruß!
Die Bezirksleitung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Preissteigerung und Lohnerhöhung für die
deutsche Legitarbeiterchaft. — Betriebsratstagung unse-
rer Verbandes. — Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder im
Monat Juli. — Der XIV. Genossenschaftstag des Reichsber-
bandes deutscher Konsumvereine, e. V. — Allgemeine Rund-
schau: Deutscher Rab- und Motorfahrerverband „Concordia“
e. V., Sitz Bamberg. — Wo verteidigen wir in Berlin? —
Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Womit im
Deutschen Legitarbeiterverband die Betriebsratsmitglieder be-
schäftigt werden. — Aus unserer Industrie: Zur Lage der
deutschen Legitindustrie. — Aus unserer Bewegung: Streik
in den Zeller Textilbetrieben. — Aus unserer Arbeiterinnen-
bewegung: Arbeiterinnenbewegung in Schlesien. — Berichte
aus den Ortsgruppen: Rheidt. — Literarisches. —
Besondere Bekanntmachungen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller,
Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.